



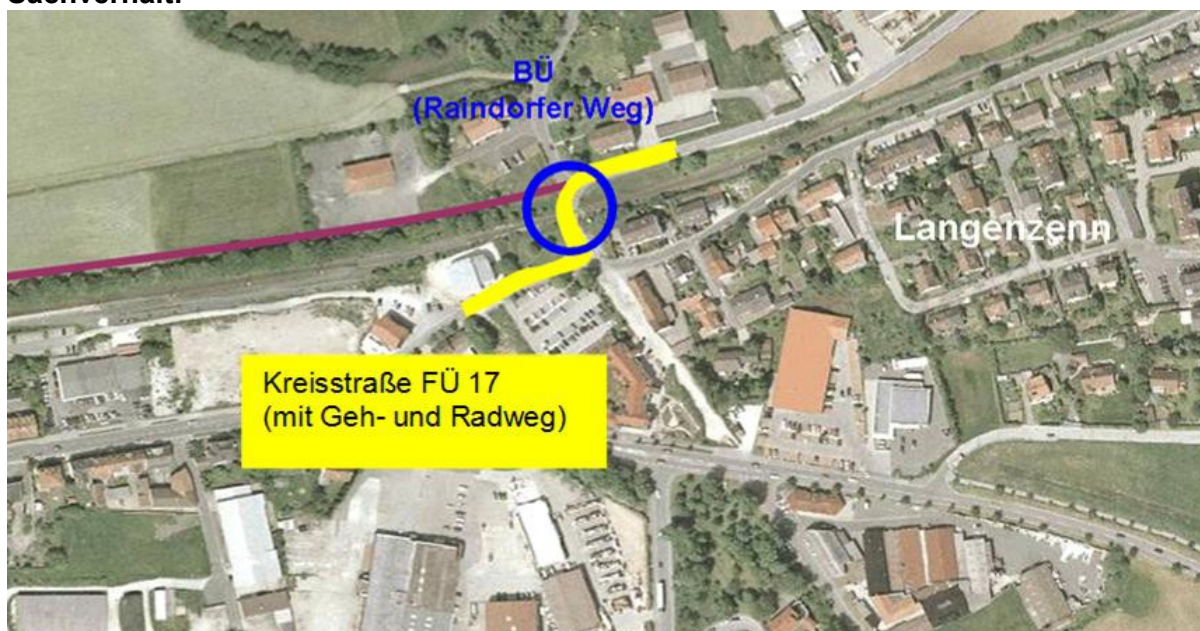
Presseinformation

zur 18. Sitzung des Bauausschusses
am 04.03.2013

TOP 2.1

FÜ 17 Umbau eines Bahnübergangs in Langenzenn - Verschiebung der Maßnahme durch die Deutsche Bahn

Sachverhalt:



Initiator der Maßnahme ist die DB AG. Im Zuge des geplanten Umbaus des Bahnübergangs Raindorfer Weg sollte in den angrenzenden Bereichen zur Verbesserung der Querneigungen und Schleppkurven eine straßenbauliche Verbesserung erfolgen. Dies wurde im Plangenehmigungsbeschluss der EBA (Antragssteller DB AG) berücksichtigt. Die Planungen der Stadt Langenzenn in Bezug auf eine Nordumgehung (siehe violette Linie in obiger Abb.) sind in diesem Plangenehmigungsbeschluss der DB nicht enthalten.

Im Beschluss des Kreistages vom 10.10.2011 wurde festgehalten, dass der Bahnübergangsumbau – um den Erfolg der Maßnahme nicht zu gefährden – unabhängig von der Nordumgehung gebaut werden soll. Diese Vorgehensweise wurde auch so mit der DB abgestimmt. Im Falle des (nachträglichen) Hinzukommens der Nordumgehung wären die Umbaukosten des Bahnübergangs zu einer sog. BÜSTRA-Kreuzung (signalisierter Bahnübergang neben einer lichtsinalgeregelten Straßenkreuzung) dann von der Stadt Langenzenn zu übernehmen. Die technischen Möglichkeiten hierzu sind nach Aussage der DB gegeben.

Gem. Eisenbahnkreuzungsgesetz ist der Landkreis als Straßenbaulastträger bei diesem Umbau

mit einem Drittel zu beteiligen (neben den beiden anderen Dritteln für die DB als Kreuzungs-beteiligte und für die Bundesrepublik Deutschland). In diese Kostenmasse gehen der Vollausbau im Bereich der anzubauenden Schleppkurven im unmittelbaren Kreuzungsbereich (Abstand 3,0 von der Gleisachse) und die komplette neue Deckschicht im Bereich 28 m links und rechts der Gleisachse mit ein. Den Vollausbau im Bereich 28 m links und rechts der Gleisachse und damit die Herstellung einer regelkonformen Querneigung übernimmt der Landkreis Fürth im Zuge dieser Maßnahme. Eine entsprechende Eisenbahnkreuzungsvereinbarung befindet sich derzeit im Umlauf.

Die aktuelle Beschlusslage sieht Folgendes vor:

Der Bahnübergang sowie die angrenzenden Straßenbereiche werden in 2013 zusammen mit der DB AG umgebaut. Der Zuwendungsantrag wurde bereits eingereicht.

Aktueller Sachstand:

Die Deutsche Bahn AG hat mit E-Mail vom 09.10.2012 (somit einen Tag nach der aktuellen Fortschreibung des Straßen- und Radwegebauprogramms) das Staatliche Bauamt informiert, dass aufgrund einer bahninternen Priorisierung der Umbau dieses Bahnübergangs nun erst in 2014 vorgesehen ist. Das Staatliche Bauamt hat diese Info an den Landkreis am 10.10.2012 weitergegeben.

Weiteres Vorgehen:

Die Verwaltung wird die Bauvorbereitung in Abstimmung mit Deutschen Bahn weiter vorantreiben mit der Zielrichtung einer gemeinsamen Baumaßnahme in 2014. Die Kreuzungsvereinbarung wurde der Regierung bereits übergeben. Als nächster Schritt wird die Gegenzeichnung der Kreuzungsvereinbarung durch die Deutsche Bahn angestrebt. Die Zuwendungsunterlagen wurden bereits in 2012 erstellt. Nach derzeitigem Stand wird das Staatliche Bauamt diese Unterlagen bis zum 01.09.2013 erneut einreichen.

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.